



# NIEDERSCHRIFT

über die 8. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 21.04.2020,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende: 19:58



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Lea Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Susanne Burgdörfer

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

SPD

Paule Albrecht

Florian Maier

Vertretung für Herrn Demmerle

Armin Schowalter

bis 19:51 Uhr; TOP 11 Ö

FWG

Wolfgang Freiermuth

AfD

Norbert Herrmann

Vertretung für Herrn Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

FDP

Jochen Silbernagel

Die LINKE



Bastian Stock

Vorsitzender

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark

Hauptamt

Martin Messemer

Finanzverwaltung/ Wirtschaftsförderung

Stefan Joritz

Rechtsamt

Christoph Kamplade

Stadtbauamt

Bernhard Eck

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau

Sonstige

Sandra Diehl

Pressestelle

Schriftführer/in

Marc Siener

Entschuldigt

SPD

Hermann Demmerle

vertreten durch Herrn Maier

AfD

Christian Gies

vertreten durch Herrn Herrmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende bat um Ergänzung der Tagesordnung um einen Dringlichkeitsantrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion zur „Reduzierung der Vorauszahlungen von Strom und Gas“ als neuen Tagesordnungspunkt 3 der öffentlichen Sitzung. Die Dringlichkeit leite sich aus der aktuellen Corona-Pandemie ab.

**Der Stadtrat stimmte der Ergänzung der Tagesordnung einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Sofortige Wiedereröffnung der Grünabfallannahmestelle beim Wertstoffhof Landau  
Vorlage: 101/535/2020
3. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Reduzierung der Vorauszahlungen für Strom und Gas  
Vorlage: 101/537/2020
4. Neugestaltung Klosterbrückchen in Landau in der Pfalz  
Vorlage: 610/603/2020
5. Ergebnisse des städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs „Neues Stadtquartier Südwest“  
Vorlage: 610/609/2020
6. Bauvoranfrage zur Renovierung des bestehenden Wohngebäudes sowie Errichtung einer Weinproduktionshalle mit integrierter Wohnung und eines Gebäudes mit Sozial-, Büro- und Lagerräumen auf dem Grundstück Flst. Nr. 3075 in Landau-Dammheim  
Vorlage: 630/400/2020
7. 7. Änderung des Bauprogrammes 2018 - 2021  
Vorlage: 660/227/2020
8. Kosten für ein Monatsticket in Landau - Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 660/228/2020
9. Einführung eines integrierten Park- und Verkehrsleitsystems in Landau - Stellungnahme der Verwaltung  
Vorlage: 660/229/2020
10. Hilfsprogramm "Miteinander in Landau" - Zwischenbericht



11. Verschiedenes

**Nichtöffentliche Sitzung**

1. Antrag auf zinslose Stundung städtischer Gewerbesteuerforderungen in Höhe von 3.713.000,00 Euro gegenüber der Progroup AG (Horstring 12, Landau in der Pfalz, FAD 80018) anlässlich der Corona-Krise  
Vorlage: 200/325/2020
2. Städtischer Grundbesitz; Veräußerung einer Teilfläche von ca. 2.287 qm des Grundstücks Fl.St.Nr. 1028/64 (Gemarkung Landau)  
Vorlage: 230/411/2020
3. Einstellung einer Beamtin auf Probe  
Vorlage: 110/164/2020
4. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden Einwohner. Es wurden keine Fragen gestellt.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Antrag der FWG-Stadtratsfraktion; Sofortige Wiedereröffnung der Grünabfallannahmestelle beim Wertstoffhof Landau

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der FWG-Stadtratsfraktion vom 10. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth begründete den Antrag. Zu diesen Jahreszeiten würden große Mengen an Grünschnitt anfallen. Die Wertstoffhöfe vergleichbarer Städte hätten ebenfalls geöffnet. Insbesondere bei der Abgabe des Grünschnittes könnten die Vorsichtsmaßnahmen eingehalten werden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass viele Städte ihre Wertstoffhöfe noch geschlossen hätten. Die Wertstoffhöfe könnten nicht einheitlich bewertet werden. Bei der Öffnung müssten alle Sicherheitsaspekte gewährleistet sein. Zudem werden Strauch- und Baumschnitte gebührenfrei als Bündelsammlung abgeholt. Ab dem 22. April 2020 könnten die Grünschnittsäcke beim EWL wieder erworben werden. Die Verwaltung schlage daher die Öffnung des gesamten Wertstoffhofes zum 4. Mai 2020 vor.

Berichterstatter Eck bekräftigte, dass der EWL den Service so schnell wie möglich wieder anbieten möchte. Jedoch sehe er die personelle Verzahnung der Kläranlage und des Wertstoffhofes. Primär müsste das Holsystem funktionieren. Als Sicherheitsmaßnahmen musste die Personaldichte entzerrt und eine neue Software zur Automatisierung bestimmter Prozesse installiert werden. Die Software könnte bis zum 28. April 2020 eingeführt werden. Die Kollegen aus Mainz hätten für ihre schnelle Wiedereröffnung Kritik erhalten, da die Personengruppe mit Grünabfall privilegiert wurde. In Landau soll der gesamte Wertstoffhof wiedergeöffnet werden. Zudem werde es in der Eröffnungswoche längere Öffnungszeiten geben, um einen möglichen Kundenandrang entgegenzuwirken. Das Angebot der Bündelabholung wurde leider nur wenig in Anspruch genommen.

Ratsmitglied Freiermuth erachtete die Bündelabholung als zu aufwendig. Er konnte die genannten Argumente für die anderen Wertstoffe zwar grundsätzlich nachvollziehen, forderte aber, in der Übergangsphase zumindest die Grünabfallannahme zu öffnen. Dort wäre kein persönlicher Kontakt nötig.

Berichterstatter Eck differenzierte zwischen dem Grünschnitt in haushaltsüblichen Mengen und dem sonstigen Verbrauch. Während der haushaltsübliche Verbrauch gebührenfrei wäre, würde der darüberhinausgehende sowie gewerbliche Verbrauch gewogen und entsprechend abgerechnet werden. Er sprach sich erneut für den Verwaltungsvorschlag aus.

Ratsmitglied Dr. Migl bat Herrn Freiermuth den Antrag zurückzuziehen. Die Argumentation der Verwaltung sei schlüssig und der Zeitablauf akzeptabel.

Ratsmitglied Freiermuth fügte an, dass er persönlich noch keine Kontrollen beim Grünabfall erlebt habe.

Der Vorsitzende bekräftigte die Position der Verwaltung. Außerdem könnte der Antrag nur in den Verwaltungsrat verwiesen werden, da der EWL eine eigene Rechtsform sei.





Ratsmitglied Lerch zeigte Verständnis für den Antrag. Jedoch stehe die Gesundheit der Mitarbeiter und Kunden an erster Stelle. Der Zeitraum der Schließung sei überschaubar.

Der Hauptausschuss lehnte den Antrag mehrheitlich mit 2 Ja-Stimmen und 14 Gegenstimmen ab.



### Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Reduzierung der Vorauszahlungen für Strom und Gas

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 17. April 2020, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl dankte, dass der Ergänzung der Tagesordnung zugestimmt wurde. Die finanzielle Entlastung richte sich an die Hartz IV Bezieherinnen und – bezieher sowie die Gewerbetreibenden, die von den Maßnahmen der Coronaviruseindämmung betroffen waren. Der Antrag beziehe sich zunächst auf den Monat Mai. Sofern die Eindämmungsmaßnahmen länger andauern würden, könnte die Reduzierung verlängert werden. Die Stadtwerke Germersheim hätten die Beiträge für drei Monate um zwei Drittel reduziert. Ihr sei bewusst, dass in dem Aufsichtsrat der Energie Südwest auch nicht städtische Vertreter sitzen würden.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Antrag in dieser Form nicht umgesetzt werden könnte. Er verlas die Stellungnahme von Herrn Dr. Waßmuth (Vorstand EnergieSüdwest). Bei Haushaltskunden sei eine Senkung der monatlichen Abschläge jederzeit möglich. Bei kleineren Senkungen bis ca. 10% reiche ein Anruf oder eine E-Mail. Bei einer größeren Senkung müsse zudem eine Erklärung unterzeichnet werden, dass die Abschlagszahlungen aufgrund der Krise nicht geleistet werden können. Auch dieses Angebot kann von jedem Haushaltskunden in Anspruch genommen werden. Eine Stundung führe dazu, dass zu einem späteren Zeitpunkt – spätestens zur Jahresrechnung- höhere Beiträge gezahlt werden müssen. Für Gewerbekunden wäre das Verfahren identisch. In den meisten Fällen würden Gewerbekunden ohnehin einen persönlichen Ansprechpartner haben. Die beschriebene Systematik gelte seit der Krise Anfang April.

Ratsmitglied Dr. Migl zog den Antrag aufgrund der Stellungnahme zurück.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

### Neugestaltung Klosterbrückchen in Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 15. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Das Klosterbrückchen beinhaltet ein Stück Landauer Geschichte. Mit entsprechender Zustimmung könnte die Maßnahme noch in diesem Jahr vollzogen werden.

Berichterstatter Kamplade informierte anhand der beigelegten Präsentation über das Bauprojekt. Die Brücke sei derzeit in keinem guten Zustand, weshalb die Brücke kaum genutzt werde. Die Maßnahme sei ein kleiner Bestandteil der Sanierung der Fußgängerzone, um ein aktives Stadtzentrum zu schaffen. Die Querung wurde bereits an verschiedenen Stellen geöffnet. Das Konzept sehe die Brücke als Fußwegeverbindung über der Querung vor. Die Mauer sollte als historisches Element erhalten werden. Durch die Konzeption soll das Entstehen von Angsträumen vermieden werden. Die Kosten für das Bauprojekt wurden mit 100.000 Euro veranschlagt. Da das Projekt zu 90 Prozent durch den Bund gefördert wird, würden sich die Kosten der Stadt auf ca. 10.000 Euro belaufen. Mit dem Beschluss könnte die Baumaßnahme ausgeschrieben werden. Anschließend könnte die Baumaßnahme im September beginnen und vermutlich bis Ende des Jahres abgeschlossen werden. Eine zusätzliche Idee war die Bürger an der Mauerbepflanzung zu beteiligen. Hierfür werde die Zusammenarbeit mit dem Beteiligungsrat gesucht.

Ratsmitglied Heidbreder nahm die Brücke zum ersten Mal im Rahmen einer Stadtführung wahr. Die Grünen würden die Bürgerbeteiligung und die Vorlage sehr begrüßen. Sie fragte nach der Barrierefreiheit der Brücke und nach einem möglichen Konflikt mit den Tauben, die die Brücke vermehrt besiedeln.

Berichterstatter Kamplade antwortete, dass die Treppen zur Gerberstraßenseite zu steil wären, um sie durch eine Rampe zu ersetzen. Der Zugang wäre für mobilitätseingeschränkte Menschen von der Stiftskirchenseite aus möglich. Somit könnte die Brücke zwar nicht als Durchgang, jedoch zumindest als Aufenthaltsplatz, genutzt werden. Es müssten aber noch Gespräche mit den Anliegern geführt werden. Die Taubenbesiedlung würde wahrscheinlich durch die vermehrte menschliche Nutzung reduziert werden.

Ratsmitglied Burgdörfer begrüßte die Vorlage. Die Brücke sei in den letzten Jahren vernachlässigt worden. Sie könnte in einem renovierten Zustand auch interessant für den Tourismus sein. Ebenso sei die Bewilligung der Fördergelder positiv zu sehen.

Ratsmitglied Maier sah in der Brücke großes Potential. Die SPD begrüße die Maßnahme.

Ratsmitglied Freiermuth sah in der Brücke ebenso einen touristischen Gewinn für Landau.

Ratsmitglied Herrmann fragte nach der Größe des Platzes. Er stimme der Vorlage zu.

Berichterstatter Kamplade schätzte die Größe der Fläche auf 35 bis 40 qm.

Ratsmitglied Dr. Migl empfand die Maßnahme als deutliche Aufwertung der Brücke. Zudem seien die Kosten vertretbar. Der Haushalt müsste aufgrund der Corona-



Pandemie sicherlich nochmal überprüft werden. Den mobilitätseingeschränkten Personen sollte zumindest der Zugang ermöglicht werden.

Ratsmitglied Silbernagel stimmte der Vorlage zu. Er gab den Hinweis, genügend Abfalleimer aufzustellen. Zudem fragte er, ob die Stiftskirchengemeinde bereits informiert wurde.

Berichterstatter Kamplade bestätigte, dass die Stadt sich in engem Austausch mit der Kirchengemeinde befinde.

Ratsmitglied Stock stimmte der Vorlage ebenfalls zu.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

**Beschlussvorschlag:**

1. Dem Entwurf zur Neugestaltung des Klosterbrückchens gemäß Anlage 2 wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die entsprechenden Baumaßnahmen vorzubereiten und durchzuführen.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Ergebnisse des städtebaulich-freiraumplanerischen Realisierungswettbewerbs „Neues Stadtquartier Südwest“

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 8. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er beschrieb das beispiellose Verfahren, bei dem verschiedene Expertisen eingebunden wurden. Das Verfahren habe sich in den letzten Jahren bereits bewährt.

Berichtersteller Kamplade informierte anhand der beigelegten Präsentation über die Siedlungsentwicklung im Südwesten der Stadt Landau. Das Verfahren begann am 17. September 2019 mit der Auslobung des Realisierungswettbewerbs und wurde mit dem Juryentscheid am 5. und 6. März 2020 beendet. Die Siedlungsfläche würde einen 13 Hektar großen restriktionsfreien Raum umfassen. Der Jury gehörten 5 Fachpreisrichter und 4 Sachpreisrichter an. Die ersten drei Platzierungen sowie zwei weitere Anerkennungen hätten ein gestaffeltes Preisgeld erhalten. Den ersten Preis hat das Konzept von Thomas Schüler Architekten Stadtplaner aus Düsseldorf mit 6:3 Stimmen gewonnen. Zu dem Konzept werde eine Broschüre erstellt, die in den nächsten Sitzungen verteilt werden soll. Das Konzept sei durch eine klare Struktur, drei Zufahrten von der Wollmesheimer Straße und einem Anger im Zentrum geprägt. Insgesamt würden 850 Wohnungen entstehen. Kein Baukörper sei dabei höher als vier Geschosse. Außerdem sollen verschiedene Wohntypen untergebracht werden, wobei Ein-Familien-Häuser nicht vorgesehen sind. Die Autos sollen zentral in zwei Quartiersgaragen untergebracht werden. Die Planung erlaube auch einen stufenweisen Ausbau des Gebietes. Um den Rahmenplanungsauftrag dem Preisträger übertragen zu können, sei ein Gremienbeschluss nötig.

Ratsmitglied Heidbreder dankte für die Information und Präsentation. Durch das Konzept könne ein sozialökologisches Quartier entstehen. Es bedarf keine 44 Hektar um neuen Wohnraum zu schaffen. Herauszustellen sei der Hofcharakter, welcher sowohl Gemeinschafts- als auch Privaträume vorsehe. Das autonome Quartier sei sicherlich zukunftsorientiert. Die Grünen würden jedoch Nachbesserungsbedarf in Bezug auf die verkehrliche Erschließung sehen. Es sei zudem zu hinterfragen, ob beide Garagen im ersten Bauabschnitt errichtet werden müssten.

Ratsmitglied Lerch bezeichnete das geplante Quartier als Quantensprung für die Entwicklung der Stadt Landau. Landau sei ein Mittelzentrum mit der Funktion eines Oberzentrums und es bestehe, insbesondere für die Einheimischen, ein Wohnraumbedarf. In Landau würde das Prinzip Innenentwicklung vor Außenentwicklung verfolgt werden. Das umfangreiche Verfahren war der Bedeutung des Gebietes angemessen. Die CDU wäre zufrieden mit dem Konzept des Preisträgers. Jedoch müssten die zwei folgenden Punkten genauer erörtert werden. Zum einen müsse der Abstand zur Wollmesheimer Straße vergrößert werden, zum anderen würden zentrale Garagen Risiken mit sich bringen. Für bestimmte Gruppen wären die langen Fußwege sicherlich ein Problem.

Ratsmitglied Schowalter zeigte sich zunächst kritisch gegenüber dem Vorhaben. Im Nachhinein müsse er dem Weitblick des damaligen Baudezernenten danken. Die Fachjury hätte viele Details in den Konzepten entdeckt. Die Durchmischung der Wohntypen wäre vorteilhaft. Er stimmte den angesprochenen Punkten seiner Kollegen zu. Es ginge darum, gemeinsam eine gute Lösung für die Stadt Landau zu finden. Abschließend dankte er Herrn Kamplade für die Präsentation.



Ratsmitglied Freiermuth dankte Herrn Kamplade für die Vorstellung des Konzeptes. Dem neuen Wohngebiet müsste nur ein geringer Teil von Weinbauflächen weichen. Der Name für das Stadtquartier stehe weiterhin zur Debatte. Er sei froh, dass die Wohnbauten maximal viergeschossig wären. Er fragte sich, wo die Besucher der Anwohner parken sollten, wenn eine zentrale Unterbringung geplant sei. Das Quartier werde sicherlich ein Gewinn für die Stadt Landau.

Ratsmitglied Herrmann war über das schlüssige Konzept erfreut. Der stufenweise Ausbau wäre eine hervorragende Lösung. Zudem wäre die Sicherheit der Wollmesheimer Straße und die Anzahl der Parkplätze wichtige Aspekte.

Ratsmitglied Dr. Migl war skeptisch gegenüber dem Vorhaben. Sie fragte nach, weshalb nur im zweiten Entwurf der Bestand aufgegriffen wird. Ihr sei wichtig, dass zunächst nur 5 der 13 ha erschlossen werden, um den situativen Bedarf jederzeit berücksichtigen zu können. Auch der sozialökologische Aspekt sei positiv herauszustellen. Die Fraktion sei jedoch grundsätzlich gegen das Gebiet.

Berichterstatter Kamplade antwortete, dass der Bestand nicht angegriffen wird. Die Entwürfe würden den Bestand nur unterschiedlich titulieren.

Ratsmitglied Silbernagel betrachtete die Erschließung des neuen Baugebietes als weiteren Meilenstein für die Stadt. Der Entwurf zeichne sich durch seine Vielseitigkeit aus. Es wurde verdeutlicht, dass der Entwurf durchaus noch angepasst werden könnte. Für ihn sei die Anzahl der geplanten Garagen wohl zu gering.

Ratsmitglied Stock dankte Herrn Kamplade für die Ausführungen. Der Stadtrat habe in seiner konstituierenden Sitzung den Klimanotstand ausgerufen, den es bei dem Konzept konsequent zu berücksichtigen gilt.

Der Vorsitzende stellte fest, dass das neue Stadtquartier sicherlich viel Diskussionsstoff mit sich bringen würde.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Bauvoranfrage zur Renovierung des bestehenden Wohngebäudes sowie Errichtung einer Weinproduktionshalle mit integrierter Wohnung und eines Gebäudes mit Sozial-, Büro- und Lagerräumen auf dem Grundstück Flst. Nr. 3075 in Landau-Dammheim

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Bauordnungsabteilung vom 9. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das Projekt werde sicherlich ein großer Gewinn für den Ortsteil Dammheim sein.

Berichterstatter Kamplade erläuterte die bauplanungsrechtlich besondere Situation. Das Gebäude stehe im Außenbereich ohne landwirtschaftlich genutzt zu werden. Dem neuen Nutzer können zwei Wohnungen genehmigt werden. Eine dritte Wohnung ist aufgrund der Charakteristik nicht genehmigungsfähig, da die landwirtschaftliche Nutzung im Vordergrund stehen müsse.

Ratsmitglied Maier bestätigte, dass das Haus renovierungsbedürftig ist. In seiner Funktion als Ortsvorsteher sehe er das Vorhaben als Gewinn für den Ortsteil Dammheim. Er fragte nach, welche Voraussetzungen Ferienwohnungen im Außenbereich aufweisen müssen, um genehmigungsfähig zu sein.

Berichterstatter Kamplade erläuterte die Vorgehensweise. Der Antragsteller müsse ein schlüssiges Konzept vorlegen aus dem hervorgehe, dass das Hauptaugenmerk auf der landwirtschaftlichen Nutzung liegt. Nach der Rechtsprechung dürften die Ferienwohnungen nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Ratsmitglied Freiermuth äußerte Bedenken, dass die Fläche als Außenstelle des Weinguts genutzt wird und viele Besucher anlocke. Er fragte nach möglichen Einschränkungen, ohne die Initiative des Antragsstellers zu schmälern.

Berichterstatter Kamplade antwortete, dass die Konzeption nicht die Massenvermarktung vorsehe. Folglich gebe es dahingehend keinerlei Veranlassung.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

### 7. Änderung des Bauprogrammes 2018 - 2021

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Infrastruktur vom 8. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann informierte, dass mit dem Beschluss schnellere Investitionen in die Radinfrastruktur möglich wären. Drei Straßen würden unter das Förderprogramm „Klimaschutz durch Radverkehr“ fallen. Hierfür wurden von der Bundesregierung neun Millionen Euro in Aussicht gestellt. Grundsätzlich könnten nur Maßnahmen in das Bauprogramm aufgenommen werden, für die entsprechende Mittel im Haushalt veranschlagt wurden.

Ratsmitglied Maier erkannte die Notwendigkeit das Bauprogramm aufgrund der Fördergelder anzupassen. Jedoch wäre auch die Sanierung der Drachenfelsstraße ebenfalls notwendig gewesen. Die Langstraße mitsamt der Beleuchtung müsse aufgrund des neuen Mobilitätskonzeptes dringend in das nächste Bauprogramm mitaufgenommen werden. Er fragte, ob die Beleuchtung von der Festhalle in Richtung des Ostparks verbessert werden könnte.

Berichterstatter Kamplade beschrieb die Situation um die Martin-Luther-Straße. Die angesprochene Beleuchtung wurde bereits verbessert. Eine darüberhinausgehende Beleuchtung wäre als zusätzliche Maßnahme zu sehen, die entsprechend im Haushalt abgebildet werden müsste.

Ratsmitglied Dr. Migl hinterfragte den Zeitpunkt der Entscheidung. Der Haushalt würde sich wegen Corona ohnehin verändern. Sie werde sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig bei zwei Enthaltungen für nachfolgenden

#### **Beschlussvorschlag:**

Das Bauprogramm 2018 - 2021 wird nach Anlage 1 geändert.





## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Kosten für ein Monatsticket in Landau - Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Abteilung Mobilität und Infrastruktur vom 7. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann sah als ersten Schritt die Konzepterstellung eines geeigneten Bussystems. Im nächsten Schritt könne über den Preis diskutiert werden. Die Frage der Preisgestaltung eines Monatstickets werde seit November 2019 geprüft. Die Verwaltung warte hierfür auf die Stellungnahme des VRN. Er hatte alle Fraktionen dazu eingeladen, sich an der Erarbeitung eines guten Bussystems zu beteiligen.

Ratsmitglied Maier erachtete die Senkung des Preises als eine Möglichkeit den Busverkehr attraktiver zu gestalten. Er fragte bis wann die Frage beantwortet werden könnte.

Beigeordneter Hartmann rechnete mit einer Antwort in den nächsten drei bis sechs Monaten.

Der Hauptausschuss nahm die Informationsvorlage zur Kenntnis.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Einführung eines integrierten Park- und Verkehrsleitsystems in Landau - Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 9. April 2020, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Beigeordneter Hartmann versicherte den Antrag Ergebnis offen zu prüfen. Die skeptische Haltung der Verwaltung werde durch die Vorlage deutlich. Fraglich wäre, ob die Landauer Autofahrer auf die großen, meist freien, Parkplätze hingewiesen werden müssen.

Ratsmitglied Heidbreder bewertete „Parken“ als wichtiges Thema. Dabei müsse auch die Digitalisierung mitberücksichtigt werden. Die Grünen würden die ergebnisoffene Untersuchung begrüßen.

Ratsmitglied Lerch wollte die Parksituation optimieren. Durch die Untersuchung könnte überprüft werden, ob der angestrebte Effekt eintritt.

Ratsmitglied Maier berichtete, dass die Beschilderung in den vergangenen Jahren bereits verbessert wurde. Die SPD sehe wie die Verwaltung den Effekt der digitalen Verkehrsführung nicht. Die Kosten in Höhe von 600.000 Euro seien deutlich zu hoch. Die Kosten für die Untersuchung könnten gespart werden.

Ratsmitglied Freiermuth sah die Maßnahme in Hinblick auf die immensen Kosten kritisch. Es sei zudem nicht sicher, ob die Landauer das Angebot überhaupt annehmen würden. Er halte die Voruntersuchung für überflüssig.

Ratsmitglied Dr. Migl teilte mit, dass sie die Vorlage wegen der vorgenannten Gründe ablehnen werde.

Ratsmitglied Herrmann empfand die Kosten im Verhältnis zu dem Nutzen als zu hoch.

Ratsmitglied Silbernagel begrüßte die Untersuchung. Es gebe verschiedene Möglichkeiten die Autos strukturierter durch die Stadt zu leiten. Hierzu könnten beispielsweise auch Apps verwendet werden.

Ratsmitglied Maier fügte an, dass das Argument von Herrn Silbernagel in der Vergangenheit als contra Argument verwendet wurde. Durch die Digitalisierung könnte das System schnell als veraltet gelten.

Beigeordneter Hartmann entgegnete, dass die fachliche und sachliche Prüfung der Verwaltung Skepsis hervorgerufen habe. Jedoch beziehe die Politik auch andere Faktoren in die Überlegungen mit ein. In der Vergangenheit habe jede Fraktion bereits gegen die Einschätzung der Verwaltung gestimmt. Die Debatte in der Vergangenheit basiere auf einer anderen Grundlage. Technische Fortschritte bei der Parkplatzerfassung könnten auch den Preis schmälern.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 7 Gegenstimmen nachfolgenden



**Beschlussvorschlag:**

Die Notwendigkeit und technische Umsetzbarkeit eines dynamischen Parkleitsystems wird mit der Fortschreibung des Parkraumbewirtschaftungssystems in diesem und kommenden Jahr mit überprüft.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

### Hilfsprogramm "Miteinander in Landau" - Zwischenbericht

Berichterstatter Messemer zeigte anhand der Homepage der Stadtverwaltung Landau, wie die Fördermittel beantragt werden können. Die Pandemie habe eine enorme Herausforderung mit sich gebracht. Durch das Programm soll der gesellschaftliche Zusammenhalt gefördert werden. Seit letzten Donnerstag könnten die Anträge gestellt werden. Das Budget wurde über Spenden um 10.000 Euro aufgestockt. Der Finanzverwaltung sei wichtig gewesen, den Antragsstellern eine Rückmeldung in Form einer Eingangsbestätigung zu geben. Die Bearbeitung erfolge innerhalb von 14 Tagen. Nach der formellen Prüfung der Finanzverwaltung, erfolge im Anschluss die sachliche Prüfung im Fachamt. Nach der finalen Abstimmung mit dem Oberbürgermeister werde der Zuwendungsbescheid erlassen. Bisher seien etwa 10 Anträge eingegangen. Parallel wurde eine Controlling Datei zur Dokumentation der Anträge und deren Bearbeitungsstand aufgebaut.

Der Vorsitzende betonte, dass die Gelder schnell fließen müssten. Dennoch müsste die Abwicklung geordnet verlaufen. Das Team verdiene große Anerkennung.



## Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

### Verschiedenes

Der Vorsitzende informierte über die schrittweise Wiederaufnahme des Schulbetriebes. In dem gestuften Verfahren werden die Klassen in kleinere Gruppen aufgeteilt. Die Stadt erarbeite derzeit einen geeigneten Hygieneplan für die 18 Schulen im Stadtgebiet. Ziel sei einen reibungslosen Schulbetrieb gewährleisten zu können. Das Land habe für die Landauer Schulen 8.700 Mund- und Nasenschutzmasken und 1.400 Liter Desinfektionsmittel bereitgestellt. Über weitere Verfahrensschritte werde in den nächsten Wochen entschieden.

Ratsmitglied Heidbreder fragte nach dem Vorhaben, den täglichen Schulbeginn zu verändern.

Der Vorsitzende antwortete, dass dahingehend noch keine Gespräche geführt wurden. Der genaue Ablauf erfordere interne Abstimmungen. Die Thematik müsse auch im Hinblick auf das nächste Schuljahr erörtert werden.

Beigeordneter Hartmann ergänzte, dass die Erarbeitung einer konkreten Lösung Zeit brauche. Zumindest sei die Schulbeförderung sichergestellt.

Ratsmitglied Freiermuth gab zu bedenken, dass die bereitgestellte Menge an Desinfektionsmittel sicherlich nicht ausreiche.

Ratsmitglied Dr. Hülsenbeck fragte, ob Lehrer und Schüler verpflichtend eine Maske tragen müssten.

Der Vorsitzende entgegnete, dass im Unterricht aufgrund der Abstände zwischen den Personen keine Maskenpflicht bestehe. Es gäbe Anzeichen, die für eine Maskenpflicht in Bussen und Pausen sprechen würden.

Ratsmitglied Burgdörfer fragte, ob die außerschulischen Ausbildungslehrgänge ebenfalls wiederaufgenommen werden.

Der Vorsitzende versicherte diese Fragestellung zu recherchieren und eine Rückmeldung zu geben.

Berichterstatter Baumstark informierte über die aktuelle Lage der Corona Pandemie. Die 4. Rechtsverordnung gelte bis zum 6. Mai 2020. Es gebe zwei Mal pro Woche eine Lagebesprechung. Die Arbeit des eingerichteten Katastrophenschutzstabes wurde zurückgefahren. Die Wiedereröffnung der Schulen beschäftige viele Bereiche der Verwaltung. Das Betreten der Dienstgebäude ist für den Publikumsverkehr nur nach vorheriger Terminabsprache möglich. Alle Dienstgebäude wurden mit Hygieneartikeln ausgestattet. Zudem sei der Zoo wieder für Besucher geöffnet. Der Stadtvorstand werde alle Veranstaltungen einzeln auf deren Durchführbarkeit prüfen. Der Landauer Sommer musste bereits abgesagt werden. Für die Gremienarbeit warte die Verwaltung auf die angekündigten Ausführungen des Innenministeriums

Der Vorsitzende brachte seine Anerkennung für die Verwaltung und allen Helfern zum Ausdruck.



Ratsmitglied Dr. Migl warf die Frage auf, ob das Freibad mit Zutrittsbeschränkungen geöffnet werden könnte. Mit dem Normalbetrieb wäre in diesem Jahr kaum zu rechnen.

Ratsmitglied Lerch sah die Notwendigkeit das E-Learning weiter auszubauen. Die Ausstattung der Schulen sei Aufgabe des Schulträgers.

Der Vorsitzende berichtete von der Umsetzung des Digital-Paktes. Die Maßnahmen könnten aufgrund der Corona Pandemie nicht wie geplant umgesetzt werden. Zunächst müsse die bauliche Ertüchtigung der Schulgebäude stattfinden.

Ratsmitglied Lerch fragte nach möglichen Schlussfolgerungen aus der Corona Pandemie.

Der Vorsitzende entgegnete, dass die 3,5 Millionen Euro des Digital Paktes fix wären.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte nach, ob die EWL Sitzung am 12. Mai stattfinden würde.

Der Vorsitzende versicherte, dass ein angemessener Vorlauf zur Sitzung eingehalten wird. Er verwies zudem auf die ausgelegten Flugblätter mit Notfallnummern.



Die Niederschrift über die 8. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 21.04.2020 umfasst 15 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 90.

Vorsitzender

Gesehen:

Dr. Maximilian Ingenthron  
Bürgermeister

Lukas Hartmann  
Beigeordneter

Marc Siener  
Schriftführer